



**Arbeitskreis**

***„Public support for international  
co-operation“***

**Ein Zwischenbericht über dessen bisherige Aktivitäten  
von  
Erich Andriak**

**Wien, Oktober 2001**


**Österreichische**  

---

**Entwicklungszusammenarbeit**

Impressum:

Medieninhaber: Fonds Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit, Weyrgasse 5/1, A-1030 Wien. Redaktion: Erich Andriik. Grundlegende Richtung: Grundsatzfragen der Entwicklungspolitik. Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor. Layout: Mag. Caroline Marasztó. Verlags- und Herstellungsort: Wien, Oktober 2001. Eigenvervielfältigung.

Gefördert durch:  **Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit**

**Erich Andriik**

**Arbeitskreis**

***„Public support for international co-operation“***

**Ein Zwischenbericht über dessen bisherigen Aktivitäten**

**Wien, Oktober 2001**

## **Einleitung**

Im Rahmen ihrer seinerzeitigen EU-Ratspräsidentschaft luden die Niederlande ExpertInnen aus allen Mitgliedsstaaten zu einer zweitägigen Konferenz über das Phänomen einer anhaltend starken Unterstützung der europäischen Öffentlichkeit für die Sache der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) bei einer zeitgleichen und kontinuierlichen Reduzierung der öffentlichen Ausgaben für diese Zwecke („Conference on Public Support for International Co-operation“ - Maastricht, 16.-17. April 1997).

Nach einer Umfrage des Eurobarometers (Oktober/November 1996) in allen EU-Mitgliedsstaaten halten es 87% (Österreich 79%) der EU-EuropäerInnen für wichtig, den Menschen in den armen Ländern Afrikas, Asiens, Südamerikas usw. zu helfen sich zu entwickeln. Dies entspricht auch den Ergebnissen von österreichischen Meinungsumfragen, welche - allerdings bei oft unterschiedlicher und daher nicht immer vergleichbarer Fragestellung - eine trotzdem deutliche Befürwortung der EZA erkennen lässt.

### **These I: Trotz budgetärer Probleme in fast allen EU-Mitgliedstaaten kann aus den Meinungsumfragen keine „aid fatigue“ festgestellt werden.**

Diese anhaltend positive Grundeinstellung kontrastiert allerdings mit den von den Mitgliedsstaaten verfolgten Budgetpolitiken, welche kontinuierlich die Mittel für EZA-Ausgaben reduziert haben.

### **These II: Die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Anliegen der EZA reflektieren sich nicht in der Budgetpolitik der Regierungen.**

Die soeben beschriebene Diskrepanz erklärt sich zum guten Teil aus der schwachen/geschwächten Ausprägung, mit der die Öffentlichkeit ihre Anliegen in Sachen EZA gegenüber den Regierungen vertritt. Bei einer tiefer gehenden Befragung zeigt es sich jedoch auch, dass etwa nur noch ein weit geringerer Teil der Bevölkerung bereit wäre, auf andere staatliche Leistungen zugunsten der EZA zu verzichten. Es darf angenommen werden, dass sich auf Grund anderer budgetärer Zielvorgaben diese Verzichtsbereitschaft seither weiter reduziert hat.

Die Organisatoren der oben angeführten Konferenz stellten die These auf, dass fundamentale Veränderungen in der Struktur der europäischen Gesellschaften die Ausprägung der Unterstützung für die EZA reduziert haben. Die „alten“ EZA-Koalitionen (solidarisch, christlich-ethisch, ökonomisch bewegte Interessen) hätten an Einfluss verloren, neue Gruppen (z.B. Umwelt, KonsumentInnen) seien entstanden bzw. im Entstehen, haben aber nicht oder noch nicht den Verlust an Einfluss kompensieren können. Diese neuen Gruppen hätten aber auch einen anderen Zugang zu und Verständnis von den Anliegen der EZA (z.B. sind mehr „single-issue“ orientiert, weniger an der Lösung von prinzipiellen Fragen und Problemen interessiert).

**These III: Die politische Durchsetzungsfähigkeit der EZA-BefürworterInnen hat auf Grund struktureller gesellschaftlicher Veränderungen abgenommen, die „Szene“ ist differenzierter geworden.**

Als möglichen Lösungsansatz empfahlen die Organisatoren daher die Formierung von „strategischen Allianzen“ unter den verschiedenen Interessensgruppen („rainbow coalitions“ aus z.B. Umwelt-, Menschenrechtsgruppen). Sie setzen dabei vor allem auf moderne Kommunikations- und Marketingkonzepte, welche die entwicklungspolitische/EZA-Botschaft an Mann/Frau bringen sollen.

Die Ergebnisse des eingangs erwähnten Eurobarometers sind für Österreich im europäischen Vergleich alles andere als schmeichelhaft. „Desinteresse und Skepsis“ betiteln die Autoren die Haltung der ÖsterreicherInnen zu den gestellten Fragen. Wenngleich sich die Ergebnisse nur selten wirklich dramatisch vom EU-Durchschnitt unterscheiden, so ist es doch auffallend, dass bei praktisch allen Fragen Österreich am - negativen - Ende der Skalen rangiert. Diese Konsistenz des Negativen sollte den Verantwortlichen in der Regierung und den Proponenten der EZA in der Zivilgesellschaft zu denken geben und sie dazu veranlassen, in einer durch die Maastricht-Tagung gespeisten Übung den Status der Unterstützung für die Anliegen der EZA in der österreichischen Öffentlichkeit zu untersuchen und zu diskutieren.

In einer vom Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit (vidc) koordinierten Initiative haben sich daher VertreterInnen des BMAA, KommEnt und der AGEZ bzw. deren Mitgliedsorganisationen gemeinsam mit ExpertInnen zu einem informellen Arbeitskreis „Public support for international co-operation“ zusammengefunden, um in einem ersten Schritt die wissenschaftlichen Grundlagen für Handlungsanleitungen die entwicklungspolitische Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit im Lichte der oben beschriebenen Thesen zu analysieren. In Zuge dieser Aktivitäten fanden seit 1998 eine Reihe von Sitzungen des Arbeitskreises statt, in denen die Ergebnisse von Analysen relevanter Aspekte des österreichischen politischen/gesellschaftlichen Systems, der empirischen Forschung zur Entwicklungszusammenarbeit in Österreich, aber auch ein Bericht über die österreichische Entwicklungszusammenarbeit aus interner (emotionaler) Sicht präsentiert wurden. Diese Aktivitäten bilden die Grundlage für den hiermit vorgestellten Zwischenbericht, in dem die wichtigsten Erkenntnisse dieser Initiative vorgestellt werden und der eine Diskussionsgrundlage für weitere Vorgehensweisen darstellen soll. Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang, dass es sich hier um eine subjektive Wiedergabe der verschiedenen Arbeitsschritte handelt.

Erich Andrlik  
Direktor, vidc

Wien, Oktober 2001

## Inhaltsübersicht

|   |    |
|---|----|
| 1. Die Einstellung der ÖsterreicherInnen zur Entwicklungszusammenarbeit | 7  |
| 2. Die Diskrepanz von Zustimmung und Leistungen für die EZA             | 9  |
| 3. Das Anliegen für EZA im österreichischen politischen System          | 9  |
| 3.1. Die österreichische Gesellschaft: Brüche und Umbrüche              | 10 |
| 3.2. Werthaltungen: Welche Öffentlichkeit in Österreich?                | 13 |
| 3.3. Kriterien für die Bildung von gesellschaftspolitischen Koalitionen | 16 |
| 4. Dialoggruppen als Koalitionspartner                                  | 18 |
| 5. Die EZA aus einer „Innensicht“                                       | 22 |
| 6. Empfehlungen über weitere Vorgehensweisen                            | 24 |
| Literaturhinweise   | 26 |

## 1. Die Einstellung der ÖsterreicherInnen zur Entwicklungszusammenarbeit/Entwicklungshilfe<sup>1</sup>

Die Zustimmung zur Entwicklungshilfe für Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika ist in Österreich von Mitte der 70er Jahre bis in die aktuelle Zeit relativ rasant angestiegen. Die in der nachstehenden Tabelle 1 angeführten Umfragen belegen die anhaltende Unterstützung für Entwicklungshilfe / Entwicklungszusammenarbeit durch eine starke Majorität in der österreichischen Bevölkerung.<sup>2</sup> Durch eine de facto identische Frageformulierung kann diese Unterstützung anschaulich nachvollzogen werden, wobei die teilweise stark abweichenden Ergebnisse wohl vorrangig durch unterschiedliche methodische Vorgangsweisen bei den Auswahlverfahren der Befragten bzw. durch die Art der Befragung zu erklären sind.

Tabelle 1: Zustimmung zur Entwicklungszusammenarbeit/Entwicklungshilfe

| <u>Auftraggeber /<br/>Durchführender</u> | <u>Jahr</u> | <u>Fragestellungen</u>  | <u>Antworten</u>  |
|--|-------------|---|---|
| „Bruder in Not“/???                      | 1988        | „Für manche Länder in Asien, Südamerika oder Afrika wird von den Europäern Entwicklungshilfe geleistet. Finden Sie es grundsätzlich richtig, dass Österreich Entwicklungshilfe leistet oder finden Sie das nicht richtig?“                | Richtig 76%<br>Nicht richtig 10%<br>Unentschieden 14%                   |
| VIDC/Gallup                              | 1992        | „Für manche Ländern in Asien, Lateinamerika oder Afrika wird von den Europäern Entwicklungshilfe geleistet. Finden Sie es grundsätzlich richtig, dass Österreich Entwicklungshilfe leistet, oder finden Sie das nicht richtig?“           | Richtig 60%<br>Nicht richtig 12%<br>Unentschieden 28%                   |
| TransFair, VIDC/Ifes                     | 1993        | Wie oben  | Richtig 71%<br>Nicht richtig 9%<br>Unentschieden 19%<br>Keine Angabe 1% |
| TransFair, VIDC/Ifes                     | 1995        | Wie oben  | Richtig 66%<br>Nicht richtig 19%<br>Unentschieden, weiß nicht 15%       |
| TransFair, VIDC/ACNielsen                | 1999        | „Manche Ländern in der 3. Welt (Asien, Afrika, Lateinamerika) werden von den Industriestaaten unterstützt. Finden Sie es grundsätzlich richtig, dass auch Österreich solche Entwicklungshilfe leistet oder finden Sie das nicht richtig?“ | Richtig 86%<br>Nicht richtig 8%<br>Weiß nicht 6%                        |

Die Aufgliederung der Werte nach Alter zeigt, dass die Gegnerschaft zur Entwicklungshilfe hauptsächlich in der älteren Bevölkerung vorzufinden ist, die Jugendlichen haben mit einer Zustimmungsrate von 87% (IFES 1993) den höchsten

<sup>1</sup> Dieser Abschnitt ist im wesentlichen eine Adaption eines Diskussionsbeitrags von Ogris 1998.

<sup>2</sup> Praktisch alle Umfragen zeigen eine Präferenz der Öffentlichkeit für den Begriff der „Entwicklungszusammenarbeit“ gegenüber „Entwicklungshilfe“. Letzterer wird vor allem wegen seiner paternalistischen Konnotationen abgelehnt.

Wert. Selbstverständlich sind die Unterschiede in den Generationen kein ausreichender Kausalbeweis für die Effektivität der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, trotzdem unterstützen sie die Hypothese, dass diese Arbeit als erfolgreich zu bewerten ist.

Neben dem Alter ist auch die Bildung von entscheidender Bedeutung für die Einstellung zur Entwicklungshilfe. Je höher der Bildungsabschluss, desto größer die Akzeptanz derselben. In der Gallup Umfrage 1992 schlüsselt sich das Bildungsniveau der Befürworter der Entwicklungshilfe wie folgt auf: 54% der PflichtschulabsolventInnen, 55% der Berufs- und FachschulabsolventInnen haben eine positive Einstellung zur österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Werte für Befragte mit Matura oder Hochschulabschluss liegen dagegen mit 77% deutlich darüber. Andere Umfragen kommen hier zu teilweise noch stärkeren Unterschieden.

Dieser hohe Grad an Zustimmung zur Entwicklungshilfe / Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der österreichischen Bevölkerung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur ein weit kleinerer Teil auch tatsächlich bereit wäre Entwicklungshilfe auch dann zu geben „wenn der Staat verschiedene Leistungen für Österreich zurückstellt“ (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Verzichtsbereitschaft

| Institut, Jahr | Zustimmung in % |
|----------------|-----------------|
| IMAS 1974      | 34              |
| Fessel 1977    | 35              |
| Fessel 1983    | 35              |
| Fessel 1988    | 51              |
| Gallup 1992    | 40              |

Fragen nach der Bereitschaft zu spenden bzw. regelmäßig in Gruppen oder Projekten mitzuarbeiten, ein diesbezügliches Magazin zu abonnieren oder Produkte aus dem Süden zu vergleichsweise höheren Preisen zu kaufen, bringen jedes Mal erstaunlich hohe Werte und überschätzen die tatsächliche Handlungsbereitschaft wahrscheinlich bei weitem.

Generell kann festgestellt werden, dass wohl nur ein sehr geringer Prozentsatz jener ÖsterreicherInnen, welche sich als Befürworter der EZA deklarieren, auch tatsächlich aktiv und überzeugt Verzichtsbereitschaft und Handlungsbereitschaft für diese Sache zeigen. Versucht man an Hand von – zugegebenermaßen vagen – Indikatoren deren Zahl aus den Umfragen herauszufiltern, so sind nicht mehr als etwa 5% der Bevölkerung (rund 400.000) dieser Gruppe zuzurechnen (z.B. wenn man unter den BefürworterInnen jene hochrechnet, welche in den letzten Monaten eine „Dritte-Welt“-Veranstaltung besucht und/oder sich einer „Dritte-Welt“-Gruppe zugehörig fühlen).



## **2. Die Diskrepanz von Zustimmung und öffentliche Leistungen für die EZA**

Der hohe Grad an Zustimmung zur Entwicklungszusammenarbeit hat bisher keinen Widerhall in den staatlichen Leistungen für diesen Bereich gefunden. Obwohl die international anerkannte Zielsetzung von 0,7% des BNP für öffentliche EZA-Leistungen auch vom österreichischen Parlament prinzipiell anerkannt wurde, haben die tatsächlich erbrachten Leistungen diese Zielvorgabe nie auch nur annähernd erreicht (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Österreichische ODA-Leistungen

| Jahr       | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 |
|------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| % von 0,7% | 43   | 43   | 47   | 47   | 34   | 37   | 34   | 37   |
| %/BNP      | 0,30 | 0,30 | 0,33 | 0,33 | 0,24 | 0,26 | 0,24 | 0,26 |

Quelle: ÖFSE 2000

Die hier angesprochene Diskrepanz lässt den Schluss zu, dass staatliche Stellen den öffentlichen Leistungen für die EZA eine geringere Priorität einräumen als dies von einer großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung getan wird. Der aus den angeführten Umfragen abzuleitende anhaltende Wille der Bevölkerung widerspricht somit auch in Österreich der von verschiedenen Akteuren angeführten These einer „aid fatigue“ als Ursache für die zurückgehenden bzw. stagnierenden EZA-Leistungen.

## **3. Das Anliegen für EZA im österreichischen politischen System<sup>3</sup>**

Mit der Angelobung der derzeitigen Regierung ist das österreichische politische System zweifellos in eine neue Phase eingetreten. Dessen weitere Entwicklung wird von einer Reihe von Faktoren beeinflusst werden (z.B. zukünftige Rolle der Sozialpartner), wobei eine mögliche Denkvariante der Übergang zu einem verstärkten Wettbewerb politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen und Gruppierungen auf einem weitgehend „freien“ politischen Markt darstellen könnte. In dieser, als „Konkurrenzdemokratie“<sup>4</sup> zu bezeichnenden, Spielart eines politischen Konfliktregelungsmechanismus würde, auf einer relativ homogenen politischen Kultur aufbauend, ein Pluralismus gesellschaftlicher Interessen im Wettbewerb um – finite – materielle und immaterielle Ressourcen treten (siehe Lijphart 1968).

Ohne hier Vorhersagen über die sodann möglichen weiteren Entwicklungen eines derartigen Systems machen zu wollen (A. Lijphart etwa spricht von „entpolitisiertem“ bzw. von „zentripetaler“ Demokratie), ist es doch wesentlich festzustellen, dass in einer pluralistischen Konkurrenzdemokratie spezifische gesellschaftliche Anliegen wie Erziehung, staatliche Transferleistungen, Kultur, Sicherheit und damit auch EZA in einem weit größeren Ausmaße als bisher von zivilgesellschaftlichen Partikularinteressen eingebracht und vertreten werden müssten („interest-group liberalism“). Diese Logik des Pluralismus sagt jedoch noch nichts über die Effektivität

<sup>3</sup> Diese Ausführung sind zu wesentlichen Teilen entnommen Andriik 1996.

<sup>4</sup> Ich bevorzuge diese Bezeichnung gegenüber den von anderen verwendeten, martialischen Terminus „Konfliktdemokratie“.

und Durchsetzungsfähigkeit von Partikularinteressen aus (und auch nichts über die sodann herrschende Qualität demokratischer Prozesse, mit der Gefahr einer verstärkten Oligarchienbildung innerhalb monopolistisch oder oligopolistisch organisierter Interessen).

Unter Berücksichtigung der eingangs beschriebenen Präsenz eines (zivil-) gesellschaftlichen Interesses an der EZA stellt sich die Frage, wieso dieses Anliegen im politischen System Österreichs bisher einen so geringen Stellenwert eingenommen hat bzw. einnimmt. Eine der Erklärungen dafür ist in dem Umstand zu sehen, dass die Protagonisten der EZA sich im wesentlichen aus drei, später vier, ideologisch recht unterschiedlichen Gruppen zusammengesetzt haben. Die einen, mit der christlichen Soziallehre verbunden, stützten sich auf moralische Argumente, dass es angesichts des Reichtums der Industrieländer nicht möglich wäre, den Umstand zu akzeptieren, dass Milliarden Menschen knapp über oder oft unter der Armutsgrenze leben und uns dies verpflichtet, der Idee der Caritas eine internationale Dimension zu geben.

Andere wieder vertreten eine Art Katastrophentese, wonach die westlichen Industrieländer ihres Reichtums à la longue nicht froh werden können. Hungernde Völker werden durch ihre Unrast und ununterbrochene Konflikte unseren Globus in einen Zustand versetzen, der ihn nicht zur Ruhe kommen lassen wird. Sie vertreten die Meinung, dass in guter Zeit eine ökonomische Zusammenarbeit mit entsprechender Opferbereitschaft der westlichen Industriestaaten bewiesen werden müsse. Und eine dritte Gruppe war in der Vergangenheit jene, zu der in erster Linie die Sozialdemokraten zu rechnen sind, die sich einem ihrer Grundprinzipien, dem der internationalen Solidarität, verpflichtet fühlen. Mit der politischen Etablierung umweltbewusster Interessen manifestierte sich schliesslich ab Mitte der achtziger Jahre ein weiteres Segment unter den gesellschaftspolitischen VertreterInnen der Entwicklungszusammenarbeit.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass diese Proponenten ihr Interesse für die Sache der EZA im wesentlichen parallel und weitgehend unabhängig voneinander innerhalb des jeweiligen politischen Lagers, dem sie sich weltanschaulich zugehörig fühlten, vertreten bzw. vertreten haben. Es handelte sich daher um eine Art informeller „Koalition“ von EZA-Proponenten, welche durch die politischen Trennlinien viel von ihrer Durchsetzungsfähigkeit eingebüßt haben dürfte.

### **3.1. Die österreichische Gesellschaft: Brüche und Umbrüche**

Eine Vielzahl von Autoren haben das Entstehen und die Entwicklung ideologisch höchst unterschiedlicher politischer Lager seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts im österreichischen politischen System beschrieben. Diese sozialistische/sozialdemokratische, christlich-soziale und national-liberale Lager haben über Jahrzehnte und Regime hinweg nicht nur die politische Landschaft Österreichs geprägt, sie hatten es auch verstanden durch eine Vielzahl von Vorfelddorganisationen das gesellschaftliche Leben ihrer Anhänger zu organisieren. Im Gegensatz zu vielen anderen westeuropäischen Ländern hat in Österreich in der Vergangenheit damit eine tiefe Penetration zivilgesellschaftlicher Bereiche durch diese politischen Lager stattgefunden, eine Penetration die über lange Strecken auch das Wahlverhalten nach Lagerzugehörigkeit bestimmte bzw. mitbestimmte.

Der – seit den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts verstärkt zum Tragen kommende – soziostrukturelle und soziokulturelle Wandel der österreichischen Gesellschaft reduzierte jedoch in einem sich verstärkenden Maße die zahlenmäßige Stärke der sozialen Basis der (sozialdemokratischen und christlich-konservativen) Lagerkulturen und unterminierte ihre kulturellen Grundlagen. Die Folge war eine fortschreitende Auflösung traditioneller politischer Bindungen sowohl auf affektiver Ebene (Parteibindung) als auch im Sinne einer Lockerung der politisch-organisatorischer Verankerung (siehe Plasser/Ulram 1995).

Der soziokulturelle Wertewandel ist im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Werteprioritäten/-hierarchien der Generationen und den von den Generationen differenziert wahrgenommenen sozioökonomischen Veränderungen zu sehen: bestimmte Typen von Verhaltensweisen werden von älteren Generationen als „materiell“ wahrgenommen, sind jedoch für jüngere Gruppen „normales“ und akzeptiertes Verhalten. Ronald Inglehart spricht hier von „post-materialistischen“ Werten, welche die Verhaltensweisen von jüngeren, besser ausgebildeten Schichten von jenen „materialistischen“ Schichten unterscheiden, die ihre physiologischen Bedürfnisse als subjektiv weniger abgesichert empfinden (siehe Inglehart 1977, 1979).<sup>5</sup> Eine derartige Differenzierung in Werthaltungen konnte empirisch in einer Reihe von industrialisierten Staaten, darunter auch in Österreich, untersucht und weitgehend übereinstimmend festgestellt werden (siehe Barnes/Kaase 1979, spezifisch für Österreich Ulram 1990, Plasser/Ulram/Grausgruber 1992).

Die nachstehende Tabelle zeigt eine ideal-typologische Unterscheidung zwischen diesen beiden Wertegruppierungen:

Tabelle 4: „Materialisten“ vs. „Post-Materialisten“

|   | <b>„Materialisten“</b>              | <b>„Post-Materialisten“</b>  |
|---|-------------------------------------|--|
| <b>Physiologische Bedürfnisse („needs hierarchy“)</b> | <b>Sucht sofortige Befriedigung</b> | <b>Hat relative Sicherheit über deren Befriedigung</b>                             |
| <b>Soziale Ordnung</b>                                | <b>Zufriedenheit</b>                | <b>Unzufriedenheit</b>   |
| <b>Politische Aktionen</b>                            | <b>Eher ablehnend</b>               | <b>Eher befürwortend oder zumindest weniger negativ</b>                            |
| <b>Materielle Dinge</b>                               | <b>Bedeutsam, wesentlich</b>        | <b>Bedeutung relativ geringer vis-a-vis anderen, oft auch immateriellen Werten</b> |

Quelle: Inglehart 1979

In Bezug auf die Einstellung der ÖsterreicherInnen zur EZA zeigen eine Reihe von Untersuchungen, dass die Kriterien für Personen/Gruppen mit „post-materialistischen“ Werthaltungen (Alter, Bildung und Ausbildung, Schichtzugehörigkeit) auch von grosser Relevanz für die Zustimmung zur EZA sind. So berichten Grausgruber/Holley, dass „Personen mit einer höheren Schulbildung (ab Matura 53%), jüngere Altersgruppen (20 bis 30 Jahre 40%), white collar workers (Beamte 39%, Angestellte 37%) ebenso wie freiberufliche Tätige (42%) und Frauen (35%) überdurchschnittlich häufig von der Richtigkeit einer

<sup>5</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass „Post-Materialisten“ ein geringeres Interesse an „materiellen“ Werten haben; ihre bessere soziale Absicherung erlaubt ihnen jedoch eine weitere Bandbreite in ihrer Werthierarchie.

Entwicklungshilfe völlig überzeugt sind“ (siehe Grausgruber/Holley 1997). Ähnliche Werte wurden in einer 1992 durchgeführten Untersuchung festgestellt (siehe Andriik/Delpos/Tzaferis 1993).

In diesem Zusammenhang, und der Vollständigkeit halber, ist jedoch auch festzustellen, dass die Sozialwissenschaften eine Reihe von sich unterscheidende Erklärungsmodelle dafür zu liefern versuchen, warum sich Individuen und Gruppierungen für öffentliche Anliegen einsetzen (siehe Tabelle 5). Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass sich diese Modelle nicht notwendigerweise gegenseitig ausschließen, d.h. dass das tatsächliche Verhalten einzelner Individuen und Gruppierungen durchaus mehreren der idealtypischen Modelle entsprechen bzw. von mehreren plausibel beschrieben werden können. Dennoch gehen wir davon aus, dass das auf Werthaltungen und Orientierungen basierende Modell für unsere Untersuchung von größter Bedeutung ist.

Tabelle 5: Erklärungsmodelle für Unterstützung gesellschaftspolitischer Anliegen

| <u>Erklärungsmodell</u>   | <u>Kurzbeschreibung am Beispiel EZA</u>   |
|---|---|
| <u>ISSUE SALIENCE</u><br>(Thema überschreitet Wahrnehmungsschwelle) | Bedeutung der EZA steigt und fällt mit der Wahrnehmung des Themas durch die Öffentlichkeit - steigt wenn „Katastrophen“ werden wahrgenommen, fällt wenn Thema unter der Wahrnehmungsschwelle „verschwindet“ - die öffentliche Meinung reagiert auf Publizität um einen „dramatischen“ Anlassfall  |
| <u>RATIONALITY / SELF-INTEREST</u><br>(Rationales Selbstinteresse)  | Rationale Entscheidung, also die Verfolgung von Eigeninteressen, bestimmt die Haltung der Öffentlichkeit zur EZA - Zustimmung oder Ablehnung der EZA basiert auf einer rationalen Entscheidung über das vermutete/tatsächliche Preis-Leistungsverhältnis - setzt eine rationalen Entscheidungsmechanismus mit zumindest weitgehend perfekter Information voraus   |
| <u>VALUES</u><br>(Werte)  | Werte reflektieren ein gemeinsames kulturelles Milieu - politische Kultur formt individuelle Werte, welche wiederum die Unterstützung der Öffentlichkeit für die EZA bedingen/beeinflussen  |
| <u>FAIRNESS</u><br>(Kulanz)   | Öffentlichkeit reagiert auf Bedenken über fairness/Kulanz wenn sie öffentliche Politiken bewerten / unterstützen /ablehnen - „Gerechtigkeit bei der Verteilung öffentlicher Ressourcen“ („distributive justice“) - Bedeutung von sozialen Zielvorstellungen bei der Definition von Gerechtigkeit bei der Ressourcenverteilung - Soziale Zielvorstellung sind von individuellen Bürgern als soziale Werte internalisiert und diese Werte bestimmen die Reaktionen der Öffentlichkeit zu Ver-/Umverteilungspolitiken - bestimmen die Antworten der Öffentlichkeit auf die von einer Regierung verfolgten Verteilungspolitik in einem Land - bei finiten Ressourcen wird die Öffentlichkeit abwägen, wieviel ein „gerechter“ Anteil für die EZA reserviert werden soll, wieviel für andere öffentliche Ressourcen; Abwägung wird von den sozialen Werten der Bürger bestimmt |

### 3.2. Werthaltungen: Welche Öffentlichkeit in Österreich?

In einer Untersuchung der steigenden Bedeutung soziokultureller Orientierungen und Werthaltungen für das politische Verhalten im generellen, und für das Wahlverhalten im speziellen, erhoben Plasser und Ulram zentrale gesellschaftspolitische Einstellungen und Orientierungen (N = 4000 Befragte). Folgende Dimensionen gingen dabei in die Typus-Bildung ein:

- *Etatismus* (Befürwortung von staatlicher Intervention zur Lösung bzw. Entschärfung von sozialen Problemen etc.) versus *Eigeninitiative* (Selbsthilfe anstelle von Staatsinterventionismus);
- *Egalitarismus* (mehr Gleichheit und Gerechtigkeit auch auf Kosten der Freiheit einzelner) versus *Individualismus* (Betonung individueller Freiheit; Akzeptanz von sozialen Unterschieden);
- *Reformismus* (ständige Reformen zur Verbesserung der Gesellschaft) versus *Stabilität* (zur Sicherung des Erreichten);
- *Toleranz* (Verständnis und Hilfe für Gestrauchelte) versus *Rigidität* (forcierte Law-and-Order-Politik);
- *Partizipation* (Ausweitung von gesellschaftlicher Mitsprache) versus *Autoritarismus* (gesellschaftliches und politisches Führungsprinzip);
- *Integration* (von Ausländern und positive Akzeptanz ihrer unterschiedlichen Lebensweise) versus *Ethnozentrismus* (Ausländer als ökonomische und kulturelle Bedrohung);
- *Vorrang von Arbeitsplatzsicherung und Erhöhung des Lebensstandards* versus *Vorrang für Umweltschutz und Naturschutz*.

Auf Grund dieser Typologie identifizierte die Untersuchung sieben Typen gesellschaftspolitischer Einstellungen und Orientierung, deren wesentlichen Charakteristika in der folgenden Tabelle 6 kurz beschrieben werden.

Für den Zweck der vorliegenden Untersuchung wurde eine Unterscheidung zwischen jenen Typen vorgenommen, von denen angenommen werden kann, dass sie in ihren Einstellungen zum einen Offenheit gegenüber benachteiligten Gesellschaftsschichten aufweisen (*Toleranz*) und zum anderen auch Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitsprache (*Partizipation*) zeigen. Wie aus der nachstehenden Tabelle 7 ersichtlich zeigen drei der derart identifizierten Typen auch eine positive Akzeptanz gegenüber der Integration von AusländerInnen.<sup>6</sup>

Von Interesse hier ist zweifellos der Umstand, dass die als „Traditionell Sozialstaatliche“ und „Moderate Konservative“ identifizierten Typen jeweils den der Solidarität bzw. der christlich-sozialen Ethik entsprechenden Gruppierungen entsprechen, aus denen sich in der Vergangenheit die oben angesprochenen Koalitionäre der EZA rekrutiert haben.<sup>7</sup>

Tabelle 6: Typen gesellschaftspolitischer Einstellungen und Orientierung

<sup>6</sup> Die hier abweichende Haltung der „Moderaten Konservativen“ ist wohl am ehesten durch deren Lebenswelt in kleineren Städten und Gemeinden erklärbar, welche zu einer „insulareren“ Haltung gegenüber Ausländern beigetragen haben könnte.

<sup>7</sup> Diese beiden Gruppierungen repräsentieren auch am ehesten die ursprünglichen weltanschaulichen Ausrichtungen von SPÖ und ÖVP.

| <u>Typen</u>                             | <u>Kurzbeschreibung</u>   |
|--|---|
| <u>Traditionell Sozialstaatliche:</u>    | sozialstaatlich-interventionistische bzw. egalitäre Orientierung: der Staat soll bei sozialen Problemen in die Gesellschaft eingreifen; dem Solidaritätsgedanken verhaftet  |
| <u>Verunsicherte Materialisten:</u>      | sehen den eigenen - eher bescheidenen - Wohlstand einer Reihe von Bedrohungen ausgesetzt: wirtschaftliche Rezession, Zustrom von Ausländern, Zweifel an Reißfestigkeit des sozialen Netzes  |
| <u>Wohlfahrtsstaatliche Chauvinisten</u> | positiv zu staatlicher Interventionstätigkeit und sozialstaatlicher Reformpolitik, aber beschränkt auf „echte Österreicher“; Ausländer, wirtschaftlicher und kultureller Internationalisierungsprozesse werden als Bedrohung angesehen            |
| <u>Autoritäre Systemverdrossene:</u>     | sozialdarwinistische Orientierung, gegen multikulturelle Tendenzen, zeigen ausgeprägte Xenophobie   |
| <u>Moderate Konservative:</u>            | wünscht soziale und politische Stabilität, um das Erreichte zu sichern; zeigen Verständnis für soziale Probleme und humanitäres Engagement, noch der christlichen Soziallehre verhaftet   |
| <u>Libérale Individualisten:</u>         | stehen staatlichen Eingriffen kritisch gegenüber, betonen Eigenverantwortung und persönliche Freiheit; aber aufgeschlossen für Reformen, weltoffene Positionen, gerade in Bezug auf Ausländer, Umwelt und Naturschutz positiv bewertet            |
| <u>Libertäre Postmaterialisten:</u>      | Staatsinterventionistische und egalitäre Einstellungen, ausgeprägte reformistische Orientierung, für Integration Ausländer, Offenheit, Multikulturalität und Ausweitung demokratische Mitsprache - höhere Bildungsschichten, großstädtischer Raum |

Zu untersuchen wäre hier, inwieweit die eingangs erwähnte These einer Differenzierung der Interessenlage von „Internationalisten“ sich (nur?) über diese derart gebündelten vier Typen verteilt und inwieweit es insbesondere für die EZA-Interessierten möglich ist, gemeinsame Anliegen zu identifizieren und diese auch gemeinsam gegenüber dem Staat und dem politischen System zu vertreten. Die diesen vier Gruppierungen gemeinsame Werthaltung „Partizipation“ jedenfalls schließt eine solche Möglichkeit sicher nicht von vorneherein aus. Die für den „Internationalismus“ als bedeutsam einzustufenden Werthaltungen („Toleranz“, „Partizipation“, „Integration“) lassen jedenfalls den Schluss zu, das zumindest die Voraussetzungen für die Vertretung noch zu definierender spezifischer Anliegen gegeben sind und somit potentiell ein reiches Betätigungsfeld für die entwicklungspolitische Informations-, Öffentlichkeits-, Kultur- und Bildungsarbeit darstellen.

Tabelle 7: Soziodemographische Charakteristika der als „Internationalisten“ erscheinenden gesellschaftspolitischen Typen (1994)

| <i>Traditionell Sozialstaatliche<br/>(12% der Stichprobe)</i>                         | <i>Moderate<br/>Konservative<br/>(14%)</i>   | <i>Liberaler Individualisten<br/>(14%)</i>  | <i>Libertäre Post-<br/>materialisten<br/>(13%)</i>                                      |
|---|--|---|---|
| <b><u>Charakteristika:</u></b>  |  |   |   |
| Frauen  | Frauen   | Männer  | Frauen  |
| PensionistInnen   | berufstätige<br>Frauen/Hausfrauen  | berufstätige Männer   | in Ausbildung   |
|   | Arbeiter   | (leitende) Ange-<br>stellte, Beamte<br>Selbständige/<br>Freie Berufe                          | Angestellte, Beamte   |
| Niedrige Einkommen  | mittlere Einkommen   | hohe Einkommen  | höhere Einkommen  |
| Unterschicht  | Mittelschicht  | obere Mittelschicht/<br>Oberschicht   | obere<br>Mittelschicht  |
| Pflichtschule   | Pflicht-/Berufs-/Fach-schule   | Maturanten/<br>Akademiker   | Maturanten/ Akademiker  |
| über 60 Jahre ältere Frauen   | 30-60 Jahre<br>Frauen mittleren<br>Alters  | 20-50 Jahre<br>jüngere Männer<br>Frauen mittl. Alters   | unter 30 Jahren<br>jüngere Frauen   |
| Mittelstädte<br>Kleingemeinden  | Mittel-/Kleinstädte<br>Kleingemeinden  | Großstadt, Wien   | Großstadt, Wien   |
| <b><u>Wertehaltungen:</u></b>   |  |   |   |
| Etatismus<br>Egalitarismus<br>Reformismus<br>Toleranz<br>Partizipation<br>Integration | Eigeninitiative<br>Individualismus<br>Stabilität<br>Toleranz<br>Partizipation<br>Ethnozentrismus | Eigeninitiative<br>Individualismus<br>Reformismus<br>Toleranz<br>Partizipation<br>Integration | Etatismus<br>Individualismus<br>Reformismus<br>Toleranz<br>Partizipation<br>Integration |

Quelle: Plasser/Ullrich 1995

Als eigenständige Problematik erscheint jedoch die Wertehaltung der drei anderen, derart identifizierten Typen. Deren Inklusion in eine zu schaffende Koalition der „Internationalisten“ erschiene jedenfalls schwierig bis vielleicht gar nicht möglich (siehe Tabelle 8). Dennoch wäre zu untersuchen, aus welcher Motivationslage heraus diese Gruppierungen unter Umständen bereit wären, internationale Kooperationen zu unterstützen (z.B. aus einem Sicherheitsdenken heraus).<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Hier würden sich jedoch möglicherweise neue Problematiken ergeben, falls sich die dabei verwendeten Argumentationen als unvereinbar mit den Wertehaltungen der „Internationalisten“ herausstellen würden. Etwa wenn mit dem Argument operiert wird „Wir machen EZA damit die Leute aus dem Süden zu Hause bleiben“.

Tabelle 8: Soziodemographische Charakteristika der als „Nationalisten“ erscheinenden gesellschaftspolitischen Typen (1994)

| <i>Verunsicherte Materialisten<br/>(16% der Stichprobe)</i>  | <i>Wohlfahrtsstaatl. Chauvinisten<br/>(16%)</i>  | <i>Autoritäre System=<br/>verdrossene<br/>(15%)</i>  |
|--|--|--|
| <b><i>Charakteristika:</i></b>   |  |  |
| Männer   | Männer   | Männer   |
| PensionistInnen  | berufstätige Männer  | berufstätige Männer/<br>PensionistInnen  |
| Arbeiter<br>Landwirte  | Arbeiter<br>(kleine) Angestellte/Beamte  | Arbeiter   |
| niedrige Einkommen   | mittlere Einkommen   | mittlere Einkommen   |
| Untere Mittelschicht   | Mittelschicht  | Mittelschicht  |
| Berufs-/Fachschule   | Berufs-/Fachschule   | Berufs-/Fachschule   |
| über 50 Jahre  | unter 30 Jahren<br>jüngere Männer  | über 60 Jahre  |
| Kleingemeinden<br>Mittelstädte   | Kleingemeinden<br>Wien   | Kleinstädte<br>Mittelstädte  |
| <b><i>Wertehaltungen:</i></b>  |  |  |
| Eigeninitiative<br>Individualismus<br>Stabilität<br>Rigidität<br>Autoritarismus<br>Ethnozentrismus | Etatismus<br>Individualismus<br>Reformismus<br>Rigidität<br>Partizipation<br>Ethnozentrismus | Eigeninitiative<br>Individualismus<br>Stabilität<br>Rigidität<br>Autoritarismus<br>Ethnozentrismus |

Quelle: Plasser/Ullrich 1995

### **3.3. Kriterien für die Bildung von gesellschaftspolitischen Koalitionen**

Es muss hier davon ausgegangen werden, dass Individuen und Gruppierungen in einem unterschiedlichen Ausmaß bereit sind, sich für ein öffentliches Anliegen zu engagieren. Dies entspricht im Falle der EZA auch den Unterschieden zwischen jenen, welche die EZA befürworten, und jenen, welche Verzichtsbereitschaft zeigen bzw. sich tatsächlich aktiv um die Durchsetzung von EZA-Anliegen bemühen (siehe Diskussion oben). Dies entspricht in groben Zügen einem „Zwiebel-Modell“, wo ein harter Kern im Zentrum der Bemühungen steht, während andere Befürworter im unterschiedlichen Ausmaß bereit sind, sich für diese Sache zu engagieren. Von einem derartigen Modell ausgehend erscheint es sinnvoll und erforderlich, eine Reihe von Kommunikationsmaßnahmen anzuwenden, um die Schaffung einer Koalition der „Internationalisten“ voranzutreiben. Neben der Stützung und eventuell auch weiteren Stärkung des allgemein bereits vorhandenen „good-wills“ innerhalb der österreichischen Bevölkerung erscheint es auch erforderlich, den „harten“/„härteren“ Kern im Hinblick auf eine glaubwürdige Vertretung als gemeinsam empfundener Anliegen innerhalb des politischen Systems zu manifestieren.

Um in einem Wettbewerb mit anderen Partikularinteressen nicht nur bestehen zu können, sondern um von den anderen Akteuren (d.h. andere Interessen, Politik, Verwaltung) überhaupt einmal auch als ernsthafter Mitbewerber anerkannt zu werden, bedarf es der Fähigkeit, diese Protagonisten des „Internationalismus“ im allgemeinen, und der EZA im speziellen, nötigenfalls auch für ihre Anliegen mobilisieren zu können (bzw. ihre Mobilisierungsfähigkeit und -bereitschaft glaubhaft machen zu können). Aus der Konfliktforschung wissen wir jedoch, dass eine Mobilisierung ohne vorhergegangene Organisation kaum Aussicht auf Erfolg hat (siehe etwa Ted Gurr 1970, 1970, 1979, Charles Tilly 1975).



Um hier einige Anleihen bei einem der Klassiker der Organisationssoziologie (Mancur Olson 1971) zu nehmen, ist die EZA – analog zu solch anderen öffentlichen Gütern und Serviceleistungen wie Landesverteidigung oder Rechtssicherheit – als Gemeinschaftsgut zu definieren. Wobei es bekanntlich zu den Eigenschaften eines öffentlichen – oder Gemeinschaftsguts – gehört, dass auch jene, welche keinen oder einen nur geringen Beitrag zu dessen Beschaffung leisten, nicht vom Konsum dieses – materiellen oder immateriellen – Gut abgehalten werden können. Damit ist auch etwa die Befriedigung, Hilfe für die Bevölkerungen Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas geleistet zu haben (oder den Regenwald „gerettet“ zu haben – was immer aus welcher Motivation heraus) nicht nur unter jenen aufzuteilen, welche tatsächlich einen materiellen und/oder immateriellen Beitrag geleistet haben. Der Anreiz, etwas für eine „gute und gerechte“ Sache zu tun, wird durch diesen Umstand zweifellos gemildert und stellt ein erstes und ernstes Hindernis für die Organisation der EZA-Befürworter dar.

Eine weitere Hürde stellt der Umstand dar, dass in einer sehr großen Gruppe (d.s. Gruppen eines Umfangs, in denen ein quasi-regelmäßiger und persönlicher Kontakt unter den Mitgliedern kaum oder nicht mehr möglich ist) durch die Leistung oder Nicht-leistung eines Beitrags zur Beschaffung des Gemeinschaftsguts seitens eines einzelnen Mitglieds kein anderes Mitglied signifikant betroffen wird und dadurch niemand einen Anreiz hat, (s)einen Beitrag zu leisten. Große, oder wie Olson sie nennt, „latente“ Gruppen haben daher keinen Anreiz, ein Gemeinschaftsgut zu erwerben.

Jede Gesellschaft kennt eine ganze Reihe von solchen „latenten“ Gruppen, welche sehr wohl auch ein objektives Interesse hätten, ein Gemeinschaftsgut zu erwerben, jedoch ohne oder mit kaum einer Stimme versehen im Konzert der gesellschaftlichen Partikularinteressen untergehen: KonsumentInnen, Arbeitslose, MigrantInnen sind nur einige Beispiele für Gruppen, die in aller Stille – und oft nur allzu real – leiden. Ihnen allen gemeinsam ist die Tatsache, dass sie einer Übermacht von monopolistisch oder oligopolistisch organisierten Lobbies gegenüberstehen. Sie sind unorganisiert und können daher ihre kollektiven Interessen nicht wahrnehmen.

Um diesem scheinbar unüberwindlichen Dilemma zu entgehen, wäre es erforderlich, den einzelnen Mitgliedern einer „latenten“ Gruppe einen selektiven Anreiz zur Beschaffung des Gemeinschaftsguts zu bieten. Im Gegensatz zu einem Gemeinschaftsgut sind selektive Anreize individuelle, nichtkollektive Güter; sie umfassen nicht nur ökonomische Güter, wie etwa eine materielle Unterstützung für eine EZA-Aktivität, sondern können sich durchaus auch auf soziale oder psychologische Anreize erstrecken (zum Beispiel erhöhter sozialer Status, psychologische Befriedigung). Im letzteren Fall stünde einer Organisierung und damit potentiellen Mobilisierung jedoch die Größe der „latenten“ Gruppe entgegen, welche etwa einer Verleihung von erhöhtem sozialen Status entgegenwirken bzw. in dessen Rahmen dies für das betreffende einzelne Mitglied nicht ausreichend zum Ausdruck kommt. Olson sieht hier nur einen möglichen Ausweg für eine latente Gruppe, und zwar wenn eine derartig funktionierende Organisierung im Rahmen einer Vereinigung/eines Bündnisses kleinerer Gruppen stattfindet, und wo innerhalb dieser Gruppen regelmäßige persönliche Kontakte unter den Mitgliedern möglich sind und auch stattfinden.

Die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten relativ heterogene Struktur der privaten österreichischen EZA, mit alleine rund 900 lokalen, selbständig tätigen Initiativen, wäre an sich durchaus in der Lage, zumindest den Nukleus einer Vereinigung in Richtung einer EZA-Lobby zu bilden. Die seinerzeit abgehaltenen „Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenzen“ und die Österreichische Entwicklungstagung im Oktober 2001 zählen zweifellos zu richtungsweisende Versuchen, einen Dialog zwischen den oftmals aus sehr unterschiedlichen konkreten Interessenslagen heraus agierenden Mitgliedern der latenten Gruppe von dem aktiven Teil der EZA-Befürwortern zu ermöglichen. Auch die aus den eher „etablierten“ EZA-NROs zusammengesetzte „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit“ (AGEZ) und die mit einer etwas breiteren Beteiligung ausgestattete österreichische EU-Plattform entwicklungs-politischer Organisationen müssen durchaus als Versuche anerkannt werden, das gesellschaftliche Interesse an einer EZA zu vertreten.

Um jedoch als Lobby am politischen Markt anerkannt und ernstgenommen zu werden, müsste – wie bereits erwähnt – eine zumindest glaubhaft zu machende potentielle Mobilisierungsfähigkeit der Mitglieder/Mitgliedsorganisation einer zu schaffenden Vereinigung/eines Bündnisses von EZA-Protagonisten möglich sein. Dazu und darüber hinaus bedarf es jedoch einer Organisierung von als „Internationalisten“ definierten Kräften der Zivilgesellschaft. Insbesondere müsste ein derartiges Netzwerk auch die Fähigkeit und Bereitschaft des Eintretens in Koalitionen mit Netzwerken haben, welche mit der EZA kompatible Anliegen vertreten (zum Beispiel global denkende Umweltschützer, an interkulturellem Dialog Interessierte, Menschenrechts- und Anti-Rassismus-AktivistInnen). Dazu zählen aber auch SympathisantInnen des „Internationalismus“ in Gewerkschaften, Wirtschaft, politischen Parteien und der öffentlichen Verwaltung.

Schließlich müsste eine derartige Vereinigung, neben ihrer Lobbyarbeit zur Beschaffung einer subjektiv als ausreichend empfundenen Qualität und Quantität des Gemeinschaftsguts, aber auch imstande sein, den Mitgliedern/Mitgliedsorganisationen Serviceleistungen anderer Art (wie zum Beispiel Sachinformationen, Kooperationsprojekte, Weiterbildungsaktivitäten, Projektberatung, Mikroprojektfonds, etc.) anzubieten, um mit derartigen selektiven Anreizen das in der politischen Arbeit nur allzu bekannte Phänomen des „Trittbrettfahrens“<sup>9</sup> zumindest relativieren zu können.

#### **4. Dialoggruppen als Koalitionspartner**

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde unter anderem versucht, nähere Informationen über die Einstellung von tatsächlichen oder potentiellen Dialoggruppen/Koalitionspartner zur EZA bzw. deren Interesse an internationalen Anliegen einzuholen. Zu diesem Zwecke wurde eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse sich auf Daten stützt, welche aus sieben Fokusgruppen-

---

<sup>9</sup> „Trittbrettfahren“ bezieht sich auf den Umstand, das eine Person/Gruppe nicht vom Genuss des öffentlichen Guts ausgeschlossen werden kann, auch wenn sie keinen Beitrag zur Beschaffung dieses Guts leisten.

Diskussionen gewonnen wurde.<sup>10</sup> Die sieben Gruppen waren folgendermaßen zusammengesetzt:

- BildungsarbeiterInnen (LehrerInnen)
- EntscheidungsträgerInnen (mit internationalen Fragen befasste Personen in Politik und Verwaltung)
- GewerkschafterInnen/BetriebsrätInnen
- Menschenrechts-AktivistInnen, Anti-RassistInnen, AsylhelferInnen
- Umweltorientierte
- Weltkulturinteressierte
- Fernreisende mit Kultur- und Bildungsinteresse

Hauptfokus dieser Studie war eine Untersuchung über die unterschiedliche Wahrnehmung der in der laufenden entwicklungspolitischen Diskussion verwendeten zentrale Begriffe durch VertreterInnen dieser tatsächlichen/potentiellen Dialoggruppen. Die grundlegende Annahme der Studie war, dass es einen bedeutenden Unterschied zwischen der intendierten Bedeutung einiger Begriffe und den tatsächlichen (inhaltlichen sowie emotionalen) Assoziationen gibt.

Eine weitere, für den vorliegenden Bericht besonders relevante, Aufgabe dieser Untersuchung war es auch, der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit Hinweise über Ansichten und Einstellungen dieser Gruppierungen zu geben, welche in einem vertiefenden Schritt bei der Ausarbeitung konkreter Kommunikationsstrategien Hilfestellung zu leisten imstande sind. Diese Empfehlungen sind nachstehend angeführt und verstehen sich als Hinweise für mögliche Ansatzpunkte einer Koalitionsbildung mit spezifischen Untergruppen aus dem als „Internationalisten“ bezeichneten gesellschaftlichen Segmenten:

Tabelle 9: Fokusgruppen – Empfehlungen zu den einzelnen Dialoggruppen

**Dialoggruppe MenschenrechtsaktivistInnen**

Die konkretesten Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich für die EZA-Community mit den MenschenrechtsaktivistInnen. Diese Dialoggruppe ist sehr stark mit Teilaspekten der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt, vor allem mit der politischen Entwicklung in einzelnen Ländern, der Entwicklung der Rechtssysteme und der internationalen Organisationen.

**Dialoggruppe Umweltorientierte**

Die Gruppe der Umweltorientierten hat internationale Zusammenhänge in verschiedenen Varianten diskutiert. Diverse Organisationen der EZA sind bekannt und die Diskussion berücksichtigt inhaltlich die Problematik der ökologischen Nachhaltigkeit aber auch die internationalen Organisationen, vor allem die UNO und die Menschenrechte.

Als politische Handlungen wurden ausschließlich Kaufboykotte angesprochen. Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich also im Bereich der UNO-Abkommen (z.B. Klimabündnis) aber auch im Bereich des ethischen Konsums.

Weiters ergeben sich Kooperationsmöglichkeiten auch in den Fragestellungen der weltweiten Wirtschaftsentwicklungen und ihrer Konsequenzen. Die „Globalisierungsdiskussion“ nimmt in dieser Gruppe einen breiten Raum ein und hat einen deutlich antikapitalistischen Unterton. Die

<sup>10</sup> Die Fokusgruppen-Diskussionen haben zwischen November 1999 und März 2000 stattgefunden. Siehe SORA 2000. Fokusgruppen sind moderierte Gruppendiskussionen, die sich auf ein oder mehrere Themen konzentrieren.

Kritik am „Weltwirtschaftssystem“ ist vor allem ökologisch motiviert, soziale Aspekte werden aber ebenfalls erwähnt. In Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit wird allerdings hauptsächlich die Spendendimension und der mögliche Missbrauch (World Vision) gesehen.

#### Dialoggruppe BildungsarbeiterInnen

Kritische Positionen zum System der Weltwirtschaft sind ähnlich wie in der Gruppe der Umweltorientierten. Die Diskussion bei den BildungsarbeiterInnen verläuft die meiste Zeit auf einem akademischen Niveau. Persönliche Anknüpfungspunkte, die mit konkretem Handeln einhergehen, gibt es beim Thema „Multikulturalität“ – was auf die tatsächlich multikulturelle Zusammensetzung der Schülerpopulationen zurückzuführen ist.

Für die Gruppe der BildungsarbeiterInnen wären Angebote für den Umgang mit kultureller Vielfalt, die Aufarbeitung von kulturellen Erfahrungen und Erfahrungen mit kulturellen Differenzen interessant. Die didaktische Frage, wie man eine Kultur verständlich machen kann, könnte (und sollte) auf besonderes Interesse stoßen.

Internationale Zusammenarbeit auf Ebene der Schulen scheint im Bewusstsein der anwesenden DiskutantInnen überhaupt keine Rolle zu spielen. In diesem Bereich gibt es aber wahrscheinlich Entwicklungspotentiale, die gerade durch die neuen Kommunikationstechnologien möglich werden.

#### Dialoggruppe EntscheidungsträgerInnen

Die Diskussion bei den EntscheidungsträgerInnen hat sich, soweit es um politisches Handeln geht, vor allem um Osteuropa gedreht. Dies mag an der personellen Dominanz einzelner BürgermeisterInnen in der Gruppe gelegen sein, die diesbezüglich in ihren Gemeinden Aktivitäten entfaltet haben.

Der Begriff Entwicklungshilfe bringt das Gespräch auf zahlreiche negative Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden, der Begriff Entwicklungszusammenarbeit führt dann zu positiven Erlebnissen in der Kooperation mit Osteuropa.

Viele GruppenteilnehmerInnen – vor allem Bürgermeister – verstehen den Begriff nicht und interpretieren ihn in Anlehnung an Entwicklungshilfe. Die Diskussion führt zur Verteidigung der Entwicklungshilfe vor allem im Gesundheitssektor im Bereich der Kindersterblichkeit. Gerade die politischen Entscheidungsträger in der Gruppe sind sehr projektorientiert.

#### Dialoggruppe Fernreisenden

Die Fernreisenden weisen selbst darauf hin, dass das Reisen in Gruppen den Lernprozess eher behindere und dass sowohl Sprachkenntnisse als auch persönliche Kontakte hilfreich seien, ein gutes Verständnis von anderen Ländern zu bekommen.

Ein dominantes Thema ist das Selbstwertgefühl der Menschen in den bereisten Ländern. Die Wahrnehmungen der Fernreisenden dazu scheinen für ihre Einstellungen fremden Kulturen gegenüber prägend zu sein. Damit wird das eigene Selbstwertgefühl der Reisenden zu einem wichtigen Selektionsmechanismus für Wahrnehmungen. Insofern wäre eine Selbsterfahrung (Selbstbewusstmachung) des eigenen Selbstwertgefühls – und dabei der eigenen Identität als „wohlhabender Europäer“ – für den Verarbeitungsprozess von fremden Kulturen in bereisten Ländern von Vorteil. Diese Art der Vorbereitung kann dann vielleicht den öfters geschilderten Effekt der Bewusstseinsveränderung nach der Rückkehr von einer längeren Reise erleichtern.

#### Dialoggruppe BetriebsrätInnen

Die BetriebsrätInnen verstehen den Begriff „Internationale Zusammenarbeit“ viel stärker als eigene – gewerkschaftliche – Handlungsmöglichkeit als andere Dialoggruppen. Im Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ schwingt ein substantielles Verständnis von Zusammenarbeit mit, das wahrscheinlich aus der Realität der BetriebsrätInnen als vermittelnde Einheit zwischen Geschäftsführung und Belegschaft kommt.

Internationale Kontakte auf gewerkschaftlicher Ebene, entweder im Rahmen von Besuchen in anderen Ländern oder als Kontakt mit BesucherInnen aus anderen Ländern, aber auch im Rahmen der internationalen Organisationen scheinen Schlüsselerlebnisse für die Internationalisierung des gewerkschaftlichen Bewusstseins zu sein.

**Dialoggruppe Weltkulturinteressierte**

Bei den meisten DiskussionsteilnehmerInnen dieser Gruppe hat sich das Interesse für außereuropäische Kulturen zum Teil durch schulische Projekte oder einzelne engagierte LehrerInnen, das Elternhaus und zum Großteil auch durch Bücher, Vorträge, Reisen sowie das Lernen verschiedener Sprachen entwickelt. Später unternahmen einige auch Reisen.

Einige Personen verfügen über persönliche Kontakte und einen „durchmischten“ Freundeskreis, wodurch das Interesse für andere Kulturen geweckt wurde. Ein Teilnehmer setzte sich verstärkt mit anderen Religionen auseinander. In weiterer Folge fing eine Teilnehmerin ein Afrikanistikstudium an, eine andere studiert Ethnologie.

Die DiskussionsteilnehmerInnen empfinden den Begriff Kulturkonsum als negativ und können sich nicht darüber einigen, ob Kultur überhaupt konsumiert werden kann oder nicht. Die Bezeichnung „Kultur erleben“ gefällt ihnen besser, hier gibt es einen positiven Zusammenhang.

Quelle: SORA 2000

Zu der Dialoggruppe Fernreisende wurde des weiteren von „respect – Zentrum für Tourismus und Entwicklung“ eine Umfrage in Auftrag gegeben (siehe „Austrian Life Style 1999“, Fessel-GfK-Institut für Marktforschung 2000, n = 4500 Befragte), welche einerseits Antworten auf die Frage suchte, wie Reisende die Einflüsse des Tourismus auf die sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Gegebenheiten im eigenen Land, in den Mittelmeerländern und in sogenannten „Entwicklungsländern“ beurteilen. Andererseits bieten die Ergebnisse der Studie Hinweise darauf, wie die bisher geleistete Arbeit der ÖEZA und der NROs von der Bevölkerung eingeschätzt wird. Zusammenfassend kommt diese Untersuchung zum Schluss, dass je weiter das Urlaubsziel vom Wohnort entfernt liegt, um so negativer die Einflüsse des Tourismus beurteilt werden. Die positiven wie negativen Einschätzungen der Reisenden unterscheiden sich dabei nicht signifikant von denjenigen der Nicht-Reisenden. Die Zahlungsbereitschaft für einen umwelt- und sozialverträglichen Urlaub ist bei einem Viertel der UrlauberInnen gar nicht gegeben, ein weiteres Viertel würde maximal 5% mehr zahlen. Immerhin 28% der Befragten würden bis zu 10% und 8% der Befragten bis zu 20% mehr zahlen. Generell lässt sich jedoch beobachten, dass Vielreisende und Personen mit höherer Bildung im stärkeren Maß bereit sind mehr Geld für ein verträgliches Urlaubsprodukt zu zahlen. Alle Befragten – unabhängig von den Zielländern – sehen bei den Reisenden selbst die höchste Verantwortung, gefolgt von der Verantwortung lokaler Anbieter und der Reiseveranstalter. Eine geringere Verantwortung wird hingegen bei der EZA und den NROs gesehen. Die höchste Zustimmung bei der Frage nach konkreten Maßnahmen zu dem Punkt „Umfassende Information über das Zielland und Respekt vor Sitten und Gebräuchen gewährleisten einen verträglichen Urlaub“ zeigt, dass die Bereitstellung von Informationen und die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren und Vermittlern für die EZA und die NROs sehr wichtig sind. Sowohl der ÖEZA wie auch den NROs wird generell nur von wenigen Personen Verantwortung (jeweils 15% der Befragten) wie auch positive Leistungen (18% bzw. 19% der Befragten) für das Verhältnis Tourismus und Gastland für einen verträglichen Tourismus zugeschrieben. Hier empfehlen die Autoren der Studie ein Ansetzen der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der EZA und der NROs, welche den Reisenden einerseits einfache Instrumente wie Verhaltensweisen, Reiseentscheidungshilfen und generelle Informationen an die Hand geben sollten, die es ihnen ermöglichen, ihren eigenen Anspruch der Eigenverantwortlichkeit auch aktiv umzusetzen.

In einer anderen Untersuchung wurden im Auftrag von TransFair Daten über die Käuferschichten von fair gehandelten Produkten erhoben (Nielsen/TransFair 1999). Von den Befragten (n = 1000 Befragte) bezeichneten sich 3% als häufige Konsumenten von fair gehandelten Produkten, 11% als gelegentliche Käufer. Hier wiederholt sich die bereits in anderen Umfragen gemachte Erkenntnis, wonach Personen aus höheren Bildungsschichten weit höheren Bereitschaft zeigen, derartige Produkte zu erwerben (AHS/BHS mit Matura/HAK 4% häufig, 15% gelegentlich, Universität/Hochschule 11% bzw. 14%). Interessant hier ist auch das Ergebnis, wonach von den „häufigen“ und „gelegentlichen“ Käufern nicht weniger als 64% angeben, ihre Motivation zur Kaufentscheidung für fair gehandelte Produkte beruhe auf soziale Gründe und Solidarität. Die nächstgrößere Gruppe, 37%, geben karitative Gründe und Nächstenliebe als Motivation an. Ein relativ geringer Prozentsatz, 17%, benannten die Qualität der fair gehandelten Produkte als Kaufgrund. Wenn Nichtkäufer über das Konzept hinter fair gehandelten Produkten aufgeklärt wurden, zeigten sich immerhin 21% aus der Gruppe der bisherigen Nichtkäufer bereit, ihre Kaufentscheidung zugunsten solcher Produkte zu ändern, 34% gaben an sie würden solche Produkte „eher schon kaufen“.

### **5. Die EZA aus einer „Innensicht“**

Als Teil der Aktivitäten des Arbeitskreises diskutierte die Gruppe wie man intern die „Österreichische Entwicklungszusammenarbeit“ gefühlsmäßig erlebt und rational reflektiert.<sup>11</sup> Gemeinsam wurden dabei die Verankerung des Themas EZA in relevanten Öffentlichkeiten diskutiert. So ging es um den Status quo und um die Entwicklung des Themas EZA aus der Sicht seiner internen relevanten Öffentlichkeiten.

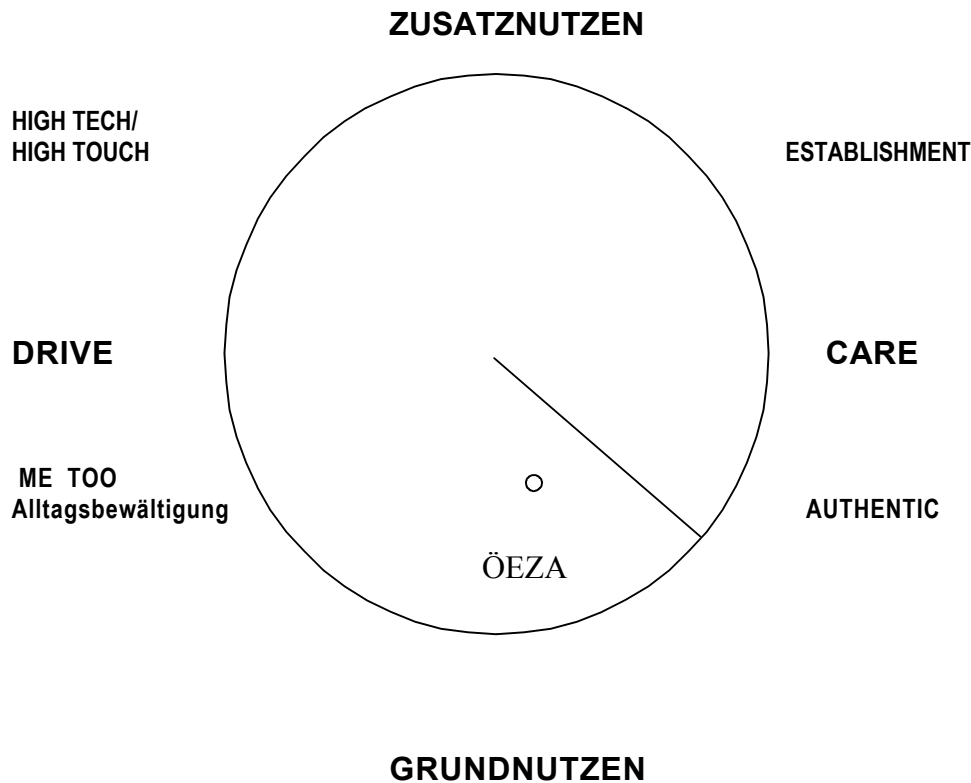
An Hand eines von der Moderatorin entwickelten Strategiemodells<sup>12</sup> lokalisierte sie die Stimmungslage dieser internen EZA-MitarbeiterInnen in dem Bereich des gewachsenen Selbstverständlichen (authentic): „So innovativ jeder Diskussionsteilnehmer für sich gewesen sein mag, die Institution EZA sieht er als Heimat, nicht anders, wie andere Österreicher ihren Arbeitsplatz auch betrachten.“ Diese, in die Kategorie des „Care“ einzureihende, EZA vermittelt damit solche Gefühle und Emotionen wie beruhigende Sicherheit, Urvertrauen und Komfort. Demgegenüber steht der Begriff „Drive“, welcher in seinen Bedeutungen mit aktiviert, macht munter, fordert die Sinne, macht sich bemerkbar, zu assoziieren ist (siehe Figur 1).

**Figur 1:Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Interne Sicht 6.11.1997 - 57 Symbole aus einer Gruppenexploration.**

## **PRESTIGE**

<sup>11</sup> Diese Diskussion fand am 6. November 1997 statt und wurde von Frau Eva Braunegger (Dr. Eva Braunegger Ges.m.b.H., Entscheidungshilfen für Marketing und Kommunikation) moderiert. Auf Grund dieser Diskussion verfasste Frau Braunegger einen Bericht, welcher diesen Prozess aus fachlicher Sicht beschreibt und kommentiert. Die Diskussion wurde von ihr in Form einer Fokusgruppen-Diskussion strukturiert.

<sup>12</sup>Für eine Erklärung des Modells siehe Braunegger 1997



**ACHTUNG:** Ein Ergebnis in diesem Modell ist **n i c h t** umso besser, je weiter oben es vertikal erscheint. Jedes Segment für sich hat Geltung. Kritisch ist ein Ergebnis nach unserem **UNTERNEHMERTEST** und **UNTERNEHMENSTEST** (geeicht an banktechnisch „guten“ und nicht guten Unternehmern), wenn es extrem, d.h. eindimensional ist. Extreme schränken nämlich die Akzeptanz ein, weil Extremtypen selten sind.

Quelle: Braunegger 1997

Ohne hier näher auf dieses Modell eingehen zu wollen erscheint es plausibel, dass die EZA – vielleicht (wahrscheinlich???) nicht nur in dieser internen Sicht - als das authentische Segment gesehen wird, welches dem Alter und einem gemeinschaftlichen Selbstverständnis entspricht. Das als High Tech/High Touch definierte Segment, diametral gegenüber dem authentischen positioniert, korrespondiert dagegen als wichtig und neu und entspricht der Jugend und einem „heldischen“ Selbstverständnis.

Die sich hier für die EZA - und nicht nur für deren Öffentlichkeitsarbeit(!) – stellende Problematik lässt sich mit folgenden Fragenkomplex umschreiben:

- Entspricht es wirklich dem Selbstverständnis der EZA, dass sie sich in dem „heimeligen“ Segment der Gefühlswelt und Emotionen angesiedelt findet?
- Sollte dies der Fall sein, ist es erforderlich, Bemühungen in Richtung des dynamischen Segments High Tech/High Touch zu setzen (d.h. der EZA einer Richtungsänderung ihres Selbstverständnisses zu unterziehen)?
- Welche konkrete Schritte wären in so einem Fall zu setzen, um zu diesem Ziel zu gelangen?

Wir möchten hier die von Braunegger vertretene These zur Diskussion stellen, dass eine Neupositionierung der EZA sowohl aus interner als auch aus externer Sicht erforderlich erscheint. Sie führt dabei aus, dass die Neuinterpretation der Wurzeln zu einem eigenständigen und nicht kopierbaren Nutzen, zu einer eigenständigen Positionierung führt. „Schon der Begriff ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ bezeichnet diesen relevanten Prozess, von uns zu denen weit weg, zu den ganz anderen, die in völlig anderen Dimensionen ihr Auskommen finden müssen. Gelänge es, sie als neu und wichtig darzustellen, wäre die Öffentlichkeitsarbeit nicht so schwierig“.

## **6. Empfehlungen über weitere Vorgehensweisen**

- Um zu einer weiteren Vertiefung unseres Wissens über die vorstehend genannten - und andere, tatsächliche/mögliche - Dialoggruppen zu gelangen, wurde der Vorschlag unterbreitet, als nächsten Schritt eine kleine Gruppe von noch auszuwählenden Personen zu einer Klausurtagung einzuladen, um mit ihnen folgende Themen anzusprechen: (a) wie sie/man zu ihren Beziehungen zur sogenannten "Dritten Welt" gekommen sind bzw. man kommt; (b) welche Gratifikation sie aus ihren Aktivitäten erzielen, (c) wie sich ihre Eindrücke vis-à-vis den Entwicklungsländern gebildet/verfestigt haben, usw. Dieser Personenkreis soll sich aus Organisationen/Initiativen zusammensetzen, welche definitiv nicht zu Vertretern von traditionellen Ansätzen der EZA zugerechnet werden können. Ziel wäre es, vorerst Informationen für ein "Gerüst" über die Motivationslage jener Menschen zu erstellen welche sich ausserhalb des EZA-mainstreams bewegen, aber dennoch als Partner für diesen mainstream systematisch(er) angesprochen werden könnten/sollten.
- Ein wesentlicher Themenkreis bewegt sich um die Strategiefrage der – einerseits – Schaffung eines allgemeinen „good-wills“ innerhalb der österreichischen Öffentlichkeit gegenüber dem Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. durch entsprechende Kampagnen, wie Werbespots, Einschaltungen in Massenmedien, usw.) und – andererseits - der vorwiegend von NROs durchgeführten Arbeit mit Dialoggruppen. Zu klären wären hier insbesondere die verstärkte Nutzung von möglichen, arbeitsteilig angelegten Synergieeffekten zwischen diesen beiden unterschiedlichen Herangehensweisen. Im Hinblick auf den wiederholt festgestellten hohen Zustimmungsgang zur EZA in der breiten Öffentlichkeit sollte in diesem Zusammenhang auch die Frage diskutiert werden, inwieweit an die Allgemeinheit gerichtete Kampagnen alleine in der Lage sind, einem gesellschaftspolitischen Anliegen nach Einräumung eines höheren Stellenwerts für die EZA (z.B. manifestiert durch eine größere budgetäre Dotierung der bilateralen technischen Hilfe) zum Durchbruch zu verhelfen..
- Die Diskussion um die Schaffung gesellschaftspolitischer Koalitionen mit anderen, hier als „Internationalisten“ bezeichnete, Dialoggruppen wirft die Frage nach Strategien und die Auswahl von „messages“ im Rahmen der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit auf. Im Falle einer Neupositionierung dieses



Bereichs sind es hier vor allem die Kommunikationswissenschaften, welche einen bedeutenden Beitrag zu leisten imstande sein sollten. Als ersten Schritt darf angeregt werden, mit VertreterInnen dieses Wissenschaftszweiges ein „brainstorming“ über mögliche Ansatzpunkte für eine solche Neupositionierung abzuhalten.

- Wie die Umfragedaten belegen, sind es gerade jüngere Menschen aus höheren Bildungsschichten, welche ein überdurchschnittliches Interesse an EZA-Anliegen zeigen. Dies trifft insbesondere für das Thema der Auswirkungen einer verstärkten Globalisierung zu. Hier wäre zu überlegen, ob österreichische NROs nicht in einem verstärkten Maße und gezielter mit dieser Zielgruppe in Kontakt treten und Angebote für eine Mitarbeit ausarbeiten könnten. Viele melden sich, sie wollen für kurze Zeit ins Ausland, Projekte ansehen bzw. mitarbeiten, oft sogar gratis (einige NROs haben bereits derartige Angebote), oder fragen wo sie hier in Österreich mithelfen könnten. Zu prüfen wäre daher, in welcher Art und Weise dieses oft ehrenamtliche Potential ausbaufähig und für die Sache der EZA zu nutzen wäre.

### Literaturhinweise

- Andrlik, Erich, „Warum keine EZA-Lobby?“ in: Die Zukunft, Nr. 6/95, S. 8 – 11.
- Andrlik, Erich/Delpos, Manuela/Tzaferis, Nikos, Die Einstellung der ÖsterreicherInnen zur Entwicklungshilfe, VIDC, Wien, 1993
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hrsg.), Political Actions. Mass Participation in Five Western Democracies, Sage Publications, Beverly Hills 1979
- Bernard, Amanda/Helmich, Henny/Lehning, Percy B., Civil Society and International Development, OECD, Paris 1998
- Braunegger, Eva, Bericht Österreichische Entwicklungszusammenarbeit – Interne Sicht, Dr. Eva Braunegger, Wien 1997
- Bruder in Not, Untersuchung über Einstellungen und Engagementbereitschaft der österreichischen Bevölkerung zu Fragen der Entwicklungspolitik, Institut für kirchliche Sozialforschung, Wien 1988
- Canadian Council for International Co-operation, Final Report: International Development Groups, CCIC, Ottawa 1991
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew, Civil Society and Political Theory, The MIT Press, Cambridge 1995
- Eurobarometer, Europeans and Development Aid, European Commission, Brüssel 1999
- Eurobarometer, Development Aid: Building for the Future with Public Support, European Commission, Brüssel 1997
- Fessel-GfK – Institut für Marktforschung/respect – Zentrum für Tourismus und Entwicklung: „Ich kann doch nichts ändern ...?“, Teil J, in Austrian Life Style 1999, Fessel-GfK – IfM, Wien 2000
- Foy, Colm/Helmich, Henny (Hrsg.), Public Support for International Development, OECD, Paris 1996
- Grausgruber, Alfred/Holley, Heinz, Zwischen Eigennutz und Solidarität, ÖFSE, Wien, 1997
- Gurr, Ted R., „A Comparative Study of Civil Strife“ in: Graham, Hugh D./Gurr, Ted R., Violence in America: Historical and Comparative Perspectives, Signet Books, New York 1969
- Gurr, Ted R., Why Men Rebel, Princeton University Press, Princeton 1970
- Gurr, Ted R. (Hrsg.), Handbook of Political Conflict, Theory and Research, The Free Press, Princeton 1970
- Gurr, Ted R./Lichbach, Mark Irving, „A forecasting model for political conflict within nations“ in: Singer, J. David/Wallace, Michael D. (Hrsg.), To augur well,

Early Warning Indicators in World Politics, Sage Publications, Beverly Hills 1979

Helmich, Henny, A Non-Spectator Match? The Challenge to Increase Public Support for European Development Co-operation, Society for International Development, Amsterdam 2000

Helmich, Henny, International Development Co-operation in Transition: The Challenge to Increase Public Support, OECD, Paris 1997

Inglehart, Ronald, "Value Priorities and Socioeconomic Change" in: Barnes/Kaase, Kapitel 11

Inglehart, Ronald, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton University Press, Princeton 1977

Institut für empirische Sozialforschung, Kommunikationskonzept Trans-Fair, Ifes, Wien 1994

Institut für empirische Sozialforschung, Kommunikationskonzept Trans-Fair, Ifes, Wien 1996

Institut für empirische Sozialforschung, Das Weltbild der 14jährigen und ihre Sichtweise des Nord-Süd-Konflikts, ifes, Wien 1988

Institut für empirische Sozialforschung, Einflüsse auf den Entwicklungspolitik-Unterricht, ifes, Wien 1988

Institut für Marktforschung. Dr. Fessel+GfK, Einstellung zur Entwicklungshilfe, IfM, Wien 1988

Institut für Marktforschung. Dr. Fessel+GfK, Entwicklungshilfe, IfM, Wien 1989

Institut für Markt- und Sozialanalysen (IMAS), Die Meinungen über Entwicklungshilfe und Entwicklungshelfer, IMAS, Wien 1974

Kolland, Franz, "Die Entwicklungshilfebereitschaft der Österreicher" in: SWS-Rundschau, 29. Jg., Heft 4, 1989, S. 441 – 466.

Lijphart, Arnd, The Politics of Consociational Democracies, University of California Press, Berkeley 1976

Lijphart, Arnd, „Typologies of Democratic Systems“ in: Comparative Political Studies, Vol. 1, Number 1, April 1968

Neuhold, Hanspeter/Luif, Paul (Hrsg.), Das Aussenpolitische Bewusstsein der Österreicher, Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien 1992

Nielsen, AC/TransFair, TransFair, Nielsen AC, Wien 1999

Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE), Österreichische Entwicklungspolitik, ÖFSE, Wien 2000

Österreichischer Entwicklungsdienst (ÖED), Der Österreicher und die Entwicklungshilfe, ÖED, Wien 1978

Österreichischer Entwicklungsdienst (ÖED), Die Einstellung der Österreicher zur Entwicklungshilfe, ÖED, Wien 1983

Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE), Entwicklungshilfe, ÖIE, Wien 1983

Ogris, Günther, Die empirische Forschung zur Entwicklungszusammenarbeit in Österreich, SORA, Wien 1998

Olson, Mancur, The Logic of Collective Action: Public Goods and the theory of Groups, Harvard University Press, Cambridge, MA 1971

Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung (PLG), Entwicklungshilfe im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung, PLG, Wien 1981

Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A., "Konstanz und Wandel im österreichischen Wählerverhalten" in: Müller, Wolfgang C./Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. (Hrsg.), Wählerverhalten und Parteienwettbewerb – Analysen zur Nationalratswahl 1994, Signum Verlag, Wien 1994

Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A./Grausgruber, Alfred, „The Decline of ‚Lager Mentality‘ and the New Model of Electoral Competition in Austria“, in: Luther, Kurt Richard/Müller, Wolfgang C. (Hrsg.), Politics in Austria: Still a Case of Consociationalism?, London 1992

Riddell, Roger C., Public Support for Aid in Europe, Overseas Development Institute, London 1984

Smillie, Ian/Helmich/Henny, Public Attitudes and International Development Co-operation, OECD, Paris 1998

SORA Institute for Social Research and Analysis, EZA-Fokusgruppen, SORA, Wien 2000

Stern, Marc, Development Aid: What the Public Thinks, UNDP, New York 1998

Tilly, Charles, "Revolutions and collective violence" in: Greenstein, Fred I./Polsby, Nelson W. (Hrsg.), Handbook of Political Science, Vol. III, S. 483 – 555, Addison-Wesley Publishing Co., Reading 1975

Ullrich, Peter A., Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien 1990

Wiener Institut für Entwicklungsfragen, Meinungen über Entwicklungshilfe, Wiener Institut für Entwicklungsfragen, Wien 1970